Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 9465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1798. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Anzeigen werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 169. | Dresden, Mittwoch den 24. Juli 1912. | 23. Jahrg.

Der kostspielige Friede.

Nach den vorgestrigen Verhandlungen im englischen Unterhause, die mit Churchills Flottenrede begannen und mit der Annahme neuer Rüstungsforderungen endeten, hat sich nun auch das Oberhaus im gleichen Sinne ausgesprochen: Friede und Freundschaft mit Deutschland sei notwendig, aber noch notwendiger seien angesichts der deutschen Rüstungen ebensolche englische Anstrengungen.

Nach dem üblichen Sprachgebrauch leben wir mit England im tiefsten Frieden, die diplomatischen Beziehungen sind „korrekt", ja sogar „freundschaftlich", und die beiderseitigen Staatsmänner versäumen nicht, bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit aller gebotenen Feierlichkeit zu erklären, daß es nirgendwo in der Welt Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und England gebe. Und doch, wodurch unterscheidet sich der herrschende Zustand eigentlich noch vom Krieg? Es werden keine Schüsse gewechselt, in der Nordsee und im Kanal verkehren die Handelsschiffe, ohne daß sie jemand auf Konterbande untersucht, die Land- und Seestreitkräfte sind offiziell nicht mobil gemacht. Aber die Kanonen sind aufeinander gerichtet und hüben wie drüben liegt die Hand am Griff des Schwertes. Unter der immer wiederholten Beteuerung seiner friedlichen Absichten verstärkt man die Rüstungen ins Ungemessene, werden dem deutschen wie dem englischen Volke die drückendsten Lasten auferlegt, wird das Wirtschaftsleben in Aufregung gehalten. Jeder behauptet vom anderen, er trage sich mit Angriffs- und Überfallsplänen und warte nur auf einen günstigen Moment, um seine Absicht auszuführen. Kritiklose Chauvinisten und Radaupatrioten veranstalten wüste Hetzen, und irgendein an sich vielleicht geringfügiger Anlaß kann den Funken ins Pulverfaß werfen. Der Säbel fliegt aus der Scheide und die Schiffsgeschütze speien Feuer und Stahl. Das ist der Zustand, den man den bewaffneten Frieden nennt, und der doch nichts anderes ist als ein Krieg, in dem die Streitkräfte noch nicht nahe genug aneinander gekommen sind, um sich Verluste an Menschenleben zufügen zu können, ein Friede, der immer kostspieliger zu werden droht, je länger er dauert, und der, wie der englische Minister Balfour vorgestern gestand, heutzutage mehr kostet als früher ganze Kriege.

Churchill hat rund heraus zugegeben, daß die Ergänzungsetats die Antwort auf die neuen deutschen Rüstungspläne sind. Die britische Regierung will vorläufig darauf verzichten, die Verstärkungen vorzunehmen, die eifrige Dränger von ihr verlangt haben. Aber sie will das Versäumte nachholen und begründet die Notwendigkeit des beschleunigten Tempos mit dem deutschen Flottengesetz und mit der Stimmung, in der es angenommen worden ist. England entblößt das Mittelmeer, um die Nordseestation zu verstärken. Im nächsten Jahr wird es die Lücken im Süden Europas wieder füllen müssen und möglicherweise auf eine weitere Befestigung seiner Position in der Nordsee bedacht sein, denn das neue deutsche Flottengesetz hat die Schlachtbereitschaft der deutschen Marine gewaltig erhöht.

Churchill charakterisiert das Gesetz durchaus zutreffend, und vielleicht wird durch diese Rede auch manchem in Deutschland seine wirkliche Bedeutung klar. Die Offiziösen und die bewilligungsfreundlichen Pariser haben sich immer darauf berufen, daß doch nur verhältnismäßig wenig Neubauten angefordert würden, aber sie reden nicht von der großen Verstärkung der aktiven Schlachtflotte, die durch Verzicht auf die Materialreserve und eine anderseitige Organisation der Reserveschlachtflotte erzielt wurde. Gewiß, den deutschen Steuerzahler interessierte es in erster Linie, wieviel Dreadnoughts über die bisher vorgesehene Zahl hinaus auf Stapel gelegt werden sollten, aber dem Engländer ist es gleichgültig, woher die Schlachtschiffe kommen, die die deutsche Front verstärken. Er rechnet nicht mit dem vorhandenen Material, sondern mit der Indiensthaltung. Er sieht, wie mit einem Schlage Deutschlands Seestärke beträchtlich vergrößert wird, und er zieht daraus seine Schlußfolgerungen. Und daß seine Auffassung nicht falsch ist, beweisen ja die neueren Auslassungen unserer Flottenschwärmer. Im jüngst erschienenen Nauticus wird gerühmt, wie der militärische Effekt des Gesetzes bei relativ geringen Kosten sehr groß sei, und die Verbesserung der Bereitschaft unserer Seestreitkräfte wird als sehr beträchtlich bezeichnet. In der Tat: die Vermehrung der aktiven Schlachtflotte um acht Linienschiffe, vier große und sechs kleine Kreuzer verdient diese Anerkennung, und niemand darf sich wundern, wenn auf der andern Seite der Nordsee, wo man beobachtet, wie die Nation mit dem stärkeren Landheer seit 14 Jahren in kurzen Zwischenräumen immer und immer wieder neue Verstärkungen ihrer Seerüstungen vornimmt, die Vermutung zur Gewißheit wird, daß Deutschland zielbewußt auf den Krieg hinarbeite.

Auch von der Einmütigkeit, mit der die bürgerlichen Parteien der letzten Novelle zugestimmt haben, wurde im englischen Parlament gesprochen, und wieder einmal ist die Verantwortung klar geworden, die die Liberalen auf sich nehmen. Sie, deren Lippen von Friedensbestrebungen überfließen, haben durch ihren „patriotischen" Verzicht auf eine ernsthafte Kritik der Regierungsvorlagen den Eindruck verschärft, daß es im deutschen Volke eine Mehrheit für den Krieg mit England gebe. Die Narren bilden sich ein, sie könnten die üble Wirkung ihrer Dreadnoughtpolitik durch Toaste und Leitartikel wieder auslöschen. Ihre Haltung ist lächerlicher als die der alldeutschen Gesellschaft, die in vollem Bewußtsein und mit voller Absicht auf eine bewaffnete Auseinandersetzung mit England lossteuert. So werden auch als Echo der neuesten Unterhaus- und Oberhaus-Verhandlungen wehleidige, erschrockene Friedensdeklamationen in den liberalen Blättern und rüstungskollerige Flottentreibereien in der Panzerplattenpresse hörbar werden. Schon leitet der Reichsbote die neue Aktion gegen England mit folgenden Worten ein:

„Aus den hochbedeutsamen Reden der englischen Staatsmänner erhellt wieder, mit welch ängstlicher Spannung England das Erstarken unserer Flotte verfolgt, aber auch wie „bitter not" uns eine starke Flotte ist. Denn trotz der unausgesetzten Versicherung ihrer friedfertigen Gesinnung kann die englische Regierung nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie mit allen Mitteln zu einem Entscheidungskampf gegen Englands gefährlichsten wirtschaftlichen Rivalen, Deutschland, rüstet. In diesem Sinne ist auch außerordentlich charakteristisch die hohe Bedeutung, die sie der österreichischen Flotte beimißt. Denn trotz der „Entente" mit Frankreich ist England durch die österreichischen Seestreitkräfte gezwungen, stets ein starkes Mittelmeergeschwader bereitzuhalten. Deutschland und Oesterreich werden daher nach wie vor scharf auf der Wacht sein müssen, zumal, wie Asquith selbst andeutet, Italien für den Dreibund in einem eventuellen Konflikt mit England-Frankreich als Bundesgenosse nicht mehr in Betracht kommt."

Also, das Wettrüsten, das selbst die Regierungen in hilfloser Angst zur furchtbarsten Völkergroteske ausarten sehen, kann weitergehen . . .! Bevor am Montag der englische Marineminister das Wort ergriff, verlangte der Sozialist O'Grady statt der Bewilligung immer neuer Millionen für Schiffe eine Aussprache über das Elend im Londoner Ostend, wo 400 000 Menschen hungern, weil die Halsstarrigkeit der Hafenbehörde die Beendigung des Dockarbeiterstreikes verhindert. Natürlich gingen die englischen Patrioten über diese Anregung ebenso hinweg, wie es die deutschen tun würden, wenn wir sie in ihrer Begeisterung für neue Kriegsfahrzeuge durch den Hinweis auf die Not der unter der Teuerung leidenden Proletarier störten. In London hungern Tausende von Familien, in Berlin sterben Kriegsveteranen an Entkräftung. Was tut's? Die Staaten haben kein Geld, um dem Jammer und dem Elend der Ärmsten zu begegnen. Sie müssen Schiffe bauen, um den Frieden zu beschützen, und in Wahrheit gibt's gar keinen Frieden mehr zu verteidigen. Wir leben im Kriege und dieser Krieg fordert seine Opfer, auch wenn sie vorläufig nicht von den Kugeln des Feindes fallen.

* * *

Rüstungseifer im Oberhaus.

London, 23. Juli. Earl of Selborne lenkte die Aufmerksamkeit des Oberhauses auf die Regierungserklärungen über die Mittelmeerpolitik. Der Schlüssel zur ganzen Situation sei die Tatsache, daß Deutschland beinahe sofort in der Nordsee eine Flotte haben werde, die für einen sofortigen Krieg bereit sei, in einer Weise, wie es keine andere Flotte bisher gewesen sei. Sie mache die Formalität einer Kriegserklärung zu einer reinen Höflichkeit, weil mit einer Flotte von einer solchen Bereitschaft gleichzeitig mit der Kriegserklärung ein Schlag ausgeführt werden könne. Außerdem werde es in nächster Zukunft eine Flotte von Schlachtschiffen im Mittelmeer geben, die den Verbündeten Deutschlands gehöre. Earl of Selborne schloß mit der Erklärung, daß, abgesehen von Churchills Programm, England ein vollständig neues Geschwader von acht Schlachtschiffen brauche. Zu dieser Forderung Selbornes, acht neue Dreadnoughts zu bauen, erklärte Earl of Crewe: wir sind berechtigt zu fragen, wo macht diese Forderung absoluten Uebergewichts Halt? Die Kritik, die wir gehört haben, geht im allgemeinen dahin, alle Länder als mögliche Feinde und keines als möglichen Freund zu betrachten. Wenn man die Zahlen in diesem Sinne nimmt, kann man die denkbar blutrünstigsten Kombinationen herstellen. Von einer Kombination Italiens mit Oesterreich ist gesprochen worden, als wenn sie eine Möglichkeit wäre, gegen die Vorkehrungen getroffen werden müßten. Es gibt nicht zwei andere Länder in Europa, zu denen wir herzlichere Beziehungen der Sympathie gepflogen haben und noch pflegen als diese. Und doch muß man, um diesen besonderen Fall zu konstruieren, annehmen, daß Italien und Oesterreich gegen uns verbündet sind und daß zu derselben Zeit die Gefahr eines Krieges mit Deutschland besteht, während die übrig bleibende Großmacht im Mittelmeer, nämlich Frankreich, entweder ganz und gar unbeteiligt oder möglicherweise feindlich gegen uns ist. Wenn man die Zahlen in dieser Weise betrachtet, kann man fast alles beweisen.

Lord Haldane erklärte, er wolle nicht behaupten, daß die Flottenmacht, die im Mittelmeer stationiert werden solle, für Entwicklungen ausreiche, die sich wahrscheinlich in Zukunft ereignen würden. Zwei große Mittelmeermächte, die zum Dreibund gehörten, seien dabei, ihre Flotten zu vermehren, und hätten Dreadnoughtsprogramme, die der Vollendung entgegenreiften. Er sei weit davon entfernt, zu behaupten, daß die bloße Tatsache, daß diese beiden Mächte zum Dreibund gehörten, bedeute, daß England darauf rechnen müsse, daß sie sich an jedem denkbaren Angriff beteiligen würden. Ich habe in keiner Weise Kenntnis davon, daß der Dreibund auf einer aggressiven Basis gegründet worden ist. Wir stehen im Gegenteil in sehr freundlichen Beziehungen zu diesen drei Ländern. Soweit die Herrschaft zur See unter normalen Umständen in Betracht kommt, haben wir eine sehr starke Flotte an unserer Küste. Ich glaube, daß England hinsichtlich seiner Marine einer Situation gegenübersieht, wie sie entscheidender seit langer Zeit nicht vorgekommen ist. Wir haben in der freundlichsten Form der einzigen Macht, die unser Rivale ist, unsere Ansicht dargelegt, daß wir, falls sie Anstrengungen mache, desto größere machen würden, und zwar nicht mit der Absicht eines Angriffs, sondern weil die Macht zur See unser Leben ist.

Darauf wurde die Debatte geschlossen.

Der Luftkrieg und die Friedensfreunde.

K. R. Seit einigen Monaten findet in der pazifizierten Presse eine Debatte über die Verhinderung des Gebrauchs der Luftschiffe zum Herunterschleudern von Sprengstoffen während eines Krieges statt. Wie zweifelhaft es auch noch ist, ob bei der Geschwindigkeit, mit der sich die Luftschiffe aller Systeme bewegen müssen, ob bei der Höhe, von der aus sie den Feind ins Auge fassen, ein regelrechtes Zielen möglich wäre, die Militärfachmänner rechnen mit der Möglichkeit eines Luftkrieges und die Regierungen richten sich schon auf ihn ein. So schreibt General v. Bernhardi: „Es liegen auf diesem Gebiete naturgemäß noch keinerlei Erfahrungen oder auch nur erhebliche Versuche vor. Doch darf man diese Seite der Frage nicht unterschätzen, da es zu heftigen Kämpfen in der Luft wohl zweifellos kommen wird und die Partei, die in diesen Kämpfen Sieger bleibt, sich für ihre Operationen in sehr bedeutendem Vorteil gegenüber dem unterlegenen Gegner befinden wird. Wer das Luftmeer beherrscht, wird die großen Heeresbewegungen des Feindes überwachen können und unter Umständen den Gegner veranlassen, bei Nacht zu marschieren, um sich der Ueberwachung einigermaßen zu entziehen. Endlich muß auch die Möglichkeit ins Auge gefaßt werden, die Luftschiffe derart auszugestalten, daß sie erhebliche Lasten zu tragen imstande und dadurch in der Lage sind, vom Feinde besetzte Ortschaften oder größere Truppenansammlungen von oben her mit Sprenggeschossen zu überschütten." (Vom heutigen Kriege, Bd. 1, 185.)

Der Verfasser dieser Worte ist ein in seinen Fachurteilen sehr vorsichtiger Militär und man kann getrost diese seine Ausführungen als die des Durchschnitts der Militärs halten. Wie gesagt, ziehen die Regierungen aus dieser Bewertung der Entwicklungsmöglichkeiten den praktischen Schluß: Frankreichs Luftbudget beträgt schon 20 Millionen Mark und Deutschland will nicht zurückbleiben. Gegen die schönen Aussichten des Wettrüstens in der Luft und des Luftkrieges wandten sich in der Märznummer des Arbitrator, des Organs der englischen Friedensfreunde, zweihundert Engländer mit einem heißen Protest. Sie wiesen auf die Vergrößerung der schon so großen Kriegsgreuel und forderten ein internationales Abkommen, das die Anwendung des Luftschiffes zu anderen als Kundschafterdiensten verbieten soll. Ihnen schloß sich die gute Friedenstante Berta v. Suttner in einer besonderen Broschüre gegen die Barbarisierung der Luft an. Aber sie fanden bei der einflußreichen Presse keine Gegenliebe. Die deutsche wie die französische imperialistische Presse fühlt den Engländern auf den hohlen Zahn und erklärt ihre Haltung durch die Furcht des englischen Imperialismus, die Luftschiffahrt könnte Englands privilegierte Lage als einer Insel abschaffen. Denn wenn die Luftschiffe durch die Lüfte herbeisausen, dann existiert der Kanal nicht mehr.

„Daß eine deutsche Luftflotte, wenn auch vielleicht nicht die englischen Dreadnoughts, so doch vermutlich ohne besondere Mühen die englischen Docks und Werften zerstören und damit der britischen Flotte unter Umständen einen schwereren Schlag versetzen könnte als ein ganzes Geschwader weiterer deutscher Schiffe — diese Möglichkeit macht den Engländern so viel Kummer und läßt auf einmal wieder die bekannte britische Humanität lebendig werden" — schrieb die Deutsche Tageszeitung. „Deutschland aber würde nicht nur töricht handeln, sondern geradezu einen Verrat an sich selbst begehen, wenn es auf solche Möglichkeiten irgendwie verzichten wollte. Das deutsche Volk hat seine Friedensliebe immer und immer wieder bewiesen; und wenn es zum Kampfe gezwungen war, dann war es ebenso menschlich wie tapfer. Das aber sollen unsere Gegner, die uns nicht die freie Bewegung in der Welt gönnen wollen, wissen: wenn sie Deutschland zu einem neuen Kampfe zwingen, dann spielen sie um ihre eigene Existenz; denn dann kämpfen wir bis aufs Messer mit allen Mitteln, die uns möglich sind; namentlich aber selbstverständlich mit solchen Mitteln, in denen wir eine Ueberlegenheit besitzen!"

Und die französische Presse sieht in der Luftschiffahrt den Weg, auf dem die Macht der französischen Armee Deutschland gegenüber gestärkt werden kann. Denn erstens hat Frankreich schon jetzt einen Vorzug vor Deutschland in dieser neuen Waffe, zweitens glauben die französischen Chauvinisten, daß sie im Elan, der zum Gebrauch dieser Waffe nötig ist, den Deutschen über sind.

Noch charakteristischer als diese Haltung der Nationalisten ist die der bürgerlichen Friedensbewegung. Zur Forderung des Verbots der Ausdehnung des Krieges auf die Lüfte haben sich nur einige Philanthropen aufgeschwungen. Aber die parlamentarisch tätigen Pazifisten wollen davon nichts wissen. Im September soll in Genf die internationale interparlamentarische Union tagen. Auf ihrer Tagesordnung steht die Regelung des Luftkrieges und in der Deutschen Luftfahrtzeitschrift sind

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120724/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG